



Der Kommunalbrief

1. Ausgabe 2024

Vorsorge- und Verursacherprinzip bei Umweltschutzmaßnahmen priorisieren

Mit dem Green Deal wurde erstmals ein ganzheitlicher Ansatz für die Bewältigung klima- und umweltbedingter Herausforderungen gewählt. Für kommunale Unternehmen ist ein solcher Ansatz Teil ihrer DNA: von der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen wie Wasser und Wertstoffen bis hin zur umweltgerechten Behandlung von Abfällen und Abwasser. Gleichzeitig setzen kommunale Wasser-, Abwasser- und Abfallunternehmen auf eine permanente energetische Optimierung ihrer Anlagen und Prozesse.

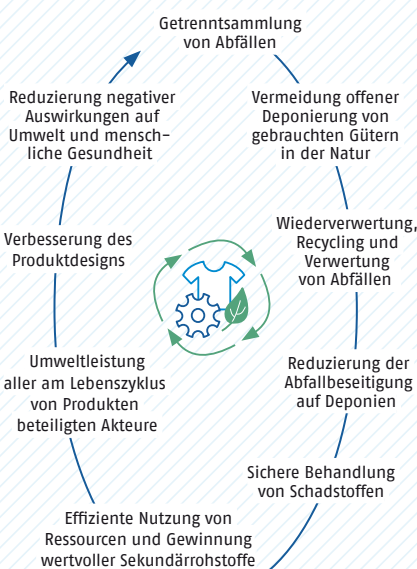
Erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) für den Gewässerschutz weiter stärken

Ganzheitliche Maßnahmen setzen voraus, dass alle Akteure in die Verantwortung genommen werden. Die neue Kommunalabwasserrichtlinie sorgt für den langersehten Paradigmenwechsel und muss nach der Europawahl zügig verabschiedet werden. Der Paradigmenwechsel muss sich wie ein blauer Faden durch alle europäischen Politikfelder ziehen – nicht nur aus ökologischen und ökonomischen Gründen: Schadstoffeinträge an der Quelle zu reduzieren und von energieintensiven End-of-Pipe-Maßnahmen abzusehen, trägt auch dazu bei, Treibhausgase zu reduzieren.

Den Lebenszyklus von Produkten im Gesamten betrachten

Eine erfolgreiche Abfallvermeidung setzt bei der Umstellung von Produktionsprozessen und der Produktgestaltung an, um die zur Verfügung stehenden Rohstoffe und Ressourcen effektiver zu nutzen. Die finanzielle Beteiligung über EPR-Systeme greift bspw. bei Einwegkunststoffen neben Sortierung und Recycling auch für die Sammlung. Mit der neuen Abfallrahmenrichtlinie gilt das perspektivisch auch für Textilien. Anerkannte Sammelsysteme müssen erhalten bleiben. Gleichzeitig muss das EPR-Potenzial für die Abfallvermeidung vollumfänglich ausgeschöpft werden, indem das „Recht auf Reparatur“ über die Einführung eines herstellerfinanzierten EU-weiten Reparaturbonus ausgedehnt wird.

Erweiterte Herstellerverantwortung (EPR)



Quelle: Eigene Darstellung nach [EU for Georgia](#)

© Verband Kommunalen Unternehmen (VKU)

Verursacherprinzip



Direkt zu [den VKU-Positionen zur EU-Umweltpolitik](#)



Kommunale Wärmeplanung nimmt alle Energiequellen, Infrastrukturen und gemeinschaftliche Versorgungslösungen im Quartier in den Blick.

Verbraucher



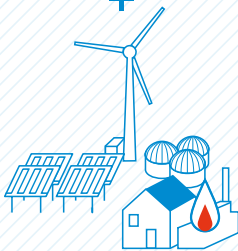
+

Infrastrukturen



+

Erzeugung



Quelle: Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Ausgewogene und verlässliche Energie- und Klimapolitik der EU stärken

Mit dem Klimagesetz hat sich die EU verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Der VKU bekennt sich zu diesem Ziel. Die kommunalen Unternehmen setzen die europäischen Klimaziele vor Ort um. Ihr Beitrag wird umso entscheidender, wenn die von lokalen Gegebenheiten geprägte Wärmewende in den kommenden Jahren in den Mittelpunkt der Transformation rückt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Energie- und Wärmewende sind verlässliche, ausgewogene und kohärente Rahmenbedingungen mit einem technologieoffenen Ansatz, um die lokalen Dekarbonisierungspotenziale schneller auszuschöpfen. Außerdem muss die Finanzierung der Energiewende stärker in den Blick genommen werden. Investitionsentscheidungen in systemdienliche und neue Technologien sollten durch beihilferechtliche und wettbewerbsrechtliche Erleichterungen angereizt werden, damit Klimaschutzmaßnahmen nicht länger durch das Beihilferecht erschwert oder verzögert werden.

Wärmewende zur Erreichung der Klimaziele in den Fokus rücken

Die Klimaziele sind nicht allein durch erneuerbar produzierten Strom zu erreichen. Für den urbanen Raum sind die Dekarbonisierung der Fernwärme und der Ausbau der Wärmenetze notwendig. Mehr als die Hälfte der Endenergie in der EU entfällt auf das Heizen unserer Häuser, Büros und Geschäfte sowie die Bereitstellung von Wärme für Gewerbe und Industrie. Entscheidend ist die Dekarbonisierung der Fernwärme durch einen massiven Ausbau der Wärmenutzung aus erneuerbaren und klimaneutralen Quellen und Technologien. Hierzu gehören Großwärmepumpen, Tiefengeothermie, Abwärme, Solarthermie, Power-to-Heat sowie auch der Einsatz von Wasserstoff. Das setzt Bürokratieabbau und die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren voraus. Aufgrund der langwierigen Genehmigungsverfahren umfasst die Planung und Realisierung von großen Geothermievorhaben bspw. einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. Analog zur Freistellung für die regenerative Stromerzeugung sollte in Zukunft auch die erneuerbare Wärme- und Kälteversorgung, wie Geothermie, Großwärmepumpen, Solarthermien und Power-to-Heat-Anlagen, angesichts der Dringlichkeit der millionenschweren Projekte vom EU-Vergaberecht befreit werden. Bereits die Freistellung einzelner Leistungen von der Pflicht der EU-weiten Ausschreibung würde eine enorme Beschleunigung bewirken, z. B. bei Dienst-, Liefer- und Bauleistungen. Gerade im Hinblick auf die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist außerdem wichtig, dass durch die Taxonomie keine Technologien ausgeschlossen bzw. behindert werden, die zur Erreichung der EU-Klimaziele notwendig sind.





Dekarbonisierungspotenzial in der Kommune nutzen

Wenn es darum geht, Klimaschutz vor Ort umzusetzen und Maßnahmen für die Energie- und Wärmewende zu bündeln, sind kommunale Unternehmen auch deswegen die richtigen Partner, weil sie im Rahmen ihrer Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge das vor Ort verfügbare Dekarbonisierungspotenzial heben, wo das möglich ist. Damit tragen sie gleichzeitig zu den übergeordneten Zielen von Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit bei.

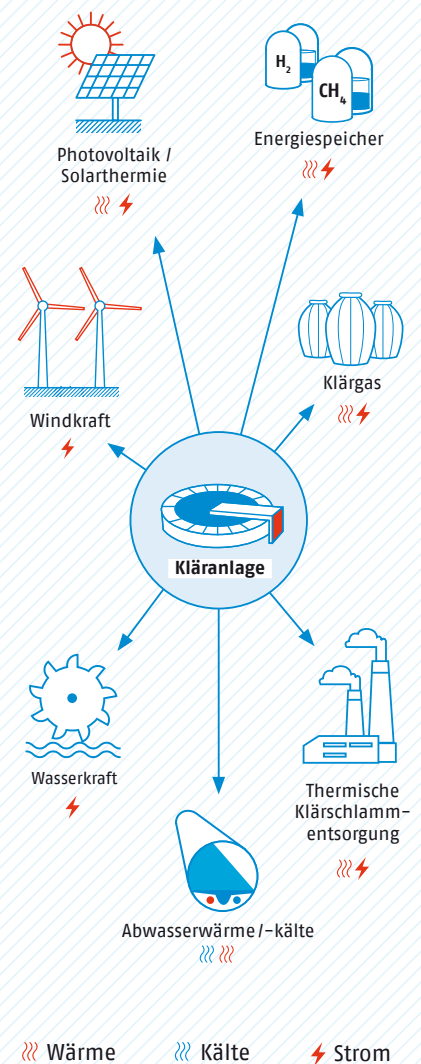
Notwendige Spielräume in der Wasserwirtschaft wahren

Energie ist auch eine zentrale Größe im wasserwirtschaftlichen Betrieb. Energieeffizienz ist daher Aufgabe und gelebte Praxis in der kommunalen Wasserwirtschaft. Klimaschutz und Klimaanpassung stellen neue und erhebliche Anforderungen an die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Für diese Aufgaben brauchen die kommunalen Unternehmen politische, rechtliche und finanzielle Spielräume. So muss sich z. B. alles, was an zusätzlichen Aufgaben erbracht werden soll, auch in den Gebühren und Entgelten abbilden lassen. Nur so können die Unternehmen und Betriebe neben ihren eigentlichen Aufgaben auch ihr volles Potenzial für die Erreichung der Klimaziele ausschöpfen.

Abfallwirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen

Die thermische Abfallbehandlung (Waste-to-Energy) ist notwendig, um den Auftrag zur Entsorgung von Siedlungs- und Sonderabfällen durchzuführen, der zur Daseinsvorsorge gehört. Durch die Rückgewinnung von Energie aus Abwärme oder innovative Wasserstoffproduktion ist sie gleichzeitig für die Energiewende vor Ort und den Klimaschutz von großer Bedeutung, gerade im Wärmebereich. Deswegen braucht es eine positive Berücksichtigung von Waste-to-Energy in der Taxonomie und eine ganzheitliche Betrachtung aller Abfallströme in der Folgenabschätzung zum Einbezug in den EU-Emissionshandel. Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie -Nutzung (CCS und CCU) sind unverzichtbare Technologien, um eine Treibhausgasneutralität der thermischen Abfallbehandlung zu erreichen. Durch die Abscheidung auch des biogenen Kohlendioxids kann die thermische Abfallbehandlung perspektivisch zu einer CO₂-Senke weiterentwickelt werden. Dass Methanemissionen aus Deponien und Kohlenstoffdioxid aus fossilen Primärbrennstoffen vermieden werden, wirkt sich zusätzlich positiv auf die Kohlenstoffemissionen aus. Deswegen ist ein europaweites Deponierungsverbot unbehandelter Siedlungsabfälle für klimaneutrale Kommunen unabdingbar.

„Idealbild Kraftwerk Kläranlage“



Quelle: Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zu [den VKU-Positionen zur EU-Energie- und Klimapolitik](#)



VKU-Positionen zur Europawahl 2024:

<https://europawahl2024.vku.de/>



Verband kommunaler Unternehmen e.V.
German Association of Local Public Utilities

Büro Brüssel
9-31 Avenue des Nerviens, 1040 Brüssel
Fon +32 2 740 16 50
infobruessel@vku.de
<https://www.vku.de/verband/struktur/vku-in-bruessel-2-1/>

Direkt zu allen VKU-EU-Themen:



Smarte Kommunen und digitale Daseinsvorsorge fördern

Kommunale Unternehmen nutzen digitale Tools für die Prozessoptimierung und Effizienzsteigerung bei der Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie für innovative Geschäftsmodelle. Dazu zählen smartes Netzmanagement, Frühwarnsysteme zum Schutz vor Starkregen oder Parkplatz-Sensoren, die per App über freie Plätze informieren. Sie müssen als wichtige Akteure der Datenwirtschaft in zukünftige Debatten und Gesetzgebungsprozesse miteinbezogen werden. Denn nichts geschieht, wenn es nicht vor Ort geschieht. Dafür brauchen sie ein Level Playing Field, damit private und öffentliche Unternehmen gleichermaßen eingeschlossen werden. Kommunale Unternehmen sind Betreiber kritischer Infrastrukturen und unterliegen deshalb überwiegend der entsprechenden europäischen Cybersicherheitsregulierung. Deswegen sollten sie gesetzlich besonders geschützt und unterstützt werden.

Digitale Innovation durch verlässliche Rahmenbedingungen zu fördern, erfordert:

- **Digitale Daseinsvorsorge über Anwendung, Einrichtung und Wartung hinauszudenken;**
- **Flächendeckenden Glasfaserausbau durch faire Bedingungen sicherzustellen;**
- **Gleiche Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere kommunale Unternehmen zu garantieren;**
- **Digitale Kompetenzen über eine stärkere Förderung beruflicher Qualifikationen oder Aus- und Weiterbildungen zu schärfen.**

92%

der kommunalen Unternehmen verlegen beim Breitbandausbau ihr Glasfasernetz bis in die Gebäude und Wohnungen (FTTB/H) – in der Stadt und auf dem Land.

Quelle: Mitgliederbefragung VKU Telekommunikation, 2020

Anteil der Haushalte mit Glasfaseranschluss

33,8%

EU-Durchschnitt

Ländlicher Raum
Deutschland

11,3%

Quelle Eigene Darstellung nach Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2022 Deutschland; Seite 11

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) vertritt über 1.550 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit 300.720 Beschäftigten wurden 2021 Umsatzerlöse von 141 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 17 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 66 Prozent, Gas 60 Prozent, Wärme 88 Prozent, Trinkwasser 89 Prozent, Abwasser 45 Prozent. Die kommunale Abfallwirtschaft entsorgt jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und hat seit 1990 rund 78 Prozent ihrer CO₂-Emissionen eingespart – damit ist sie der Hidden Champion des Klimaschutzes. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 206 Unternehmen investieren pro Jahr über 822 Millionen Euro. Künftig wollen 80 Prozent der kommunalen Unternehmen den Mobilfunkunternehmen Anschlüsse für Antennen an ihr Glasfasernetz anbieten. **Weitere Zahlen, Daten und Fakten finden Sie hier:** [Zahlen Daten Fakten 2023](#)

Wir halten Deutschland am Laufen – denn nichts geschieht, wenn es nicht vor Ort passiert: Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge. Unsere Positionen: www.vku.de

Digitale Daseinsvorsorge

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media

Direkt zu [VKU-Positionen zur EU-Digitalpolitik](#)

